



● **politik**

- Proteste gegen die Urheberrechtsreform **7**
- Israel: Wahlkampf mit Generälen **9**
- Konflikt um Kaschmir **10**

● **bewegung**

- NS-Verbrechen und Gedenken **18**
- Schuld ist immer die Identitätspolitik **22**
- Die SPD diskriminiert Arme **24**

● **gesellschaft**

- Vatikan und Missbrauch **25**
- Vorsicht, linke »Extremisten«! **26**
- Nonbinary: Leben im Patriarchat **31**

Algerien **17**

Staatspräsident Bouteflika kündigt seinen Rückzug an. Die Proteste gegen die Oligarchie gehen weiter.



Eigenbedarf!

Besetzen, wegkaufen, enteignen — wie Mieterkämpfe die Wohnungsfrage repolitisieren

Das Thema auf den Seiten 11–15

Saudi-Arabiens Vietnam

International Der Krieg im Jemen könnte zum Friedhof des saudischen Imperiums werden

Von Jakob Reimann

Mehr als 85.000 Kinder unter fünf Jahren wurden im seit vier Jahren währenden Krieg im Jemen bereits durch eine menschengemachte Hungersnot ermordet. Das sind mehr als die rund 70.000 durch Waffengewalt Getöteten. (1) Die Hälfte der jemenitischen Bevölkerung leidet akut unter Hunger. Mit weit über 1,2 Millionen Infizierten wütet kriegsbedingt die größte Choleraepidemie seit Beginn der modernen Aufzeichnungen. (vgl. ak 643) Während die UN die »größte humanitäre Katastrophe der Welt« beklagt, setzt die von Saudi-Arabien geführte Koalition unter Komplizenschaft der westlichen Wertegemeinschaft Epidemien und Hunger als Kriegswaffe ein, weshalb einige Analyst_innen bereits Vergleiche zu Hunger-Massenmorden unter Stalin und den Nazis ziehen. Jeder historische Vergleich hinkt, doch sollten die Saudis und ihre Verbündeten im Westen allen voran den Vietnam-Krieg im Hinterkopf behalten, wenn sie den Ausgang ihrer Unternehmung errahnen wollen.

»Sein Vietnam erleben« umschreibt die Situation, in der ein übermächtiger Aggressor von einem unterlegenen Gegner in die Knie gezwungen wird. Weder die knapp drei Millionen US-Soldat_innen noch der größte Chemiewaffeneinsatz der Menschheitsgeschichte konnten den USA damals zum Sieg verhelfen. Die

Sowjetunion erlebte ihr Vietnam in Afghanistan. Nach einer Dekade zog die Rote Armee 1989 gedemütigt ab, Moskau musste schmerzlich lernen, dass ein Krieg in Afghanistan nicht zu gewinnen ist – wie bereits Alexander der Große, Dschingis Khan, das British Empire und jetzt die NATO. Nicht umsonst wird das Land »Friedhof der Imperien« genannt.

Diente in Vietnam der Dschungel als Schutz vor einer Invasion, sind es in Afghanistan die unbezwingbaren Berge und Höhlensysteme. Dasselbe gilt für den Jemen. Die unbewohnten Sandwüsten im Landesinneren entwickeln sich über ungangbare Geröllwüsten hin zu massiven Hochebenen im Westen des Landes, in denen die meisten der knapp 30 Millionen Einwohner_innen leben. Nahe der Hauptstadt Sana'a liegt mit 3.665 Metern der höchste Berg des Subkontinents der Arabischen Halbinsel. Die Gebirgsketten mit all ihren ausgebrannten Vulkanen werden fortwährend durch schroffe Taleinschnitte zerpflegt. Der Jemen ist ein kriegsstrategischer Albtraum – und hat damit ebenfalls das Potenzial zum »Friedhof der Imperien«. Im Zuge des Arabischen Frühlings stürzten die Houthi-Rebellen 2012 den Diktator Ali Abdullah Salih – nach 34 Jahren an der Macht –, brachten von ihrer Hochburg Sa'da im Norden bis nach Aden im Süden alle großen urbanen Zentren des Landes unter ihre Kontrolle und trieben Salehs Nachfolger Abed Rabbo Mansur Hadi ins saudische Exil.

Weiter auf Seite 8 »

Die »letzte Generation« ergreift ihre Chance

Aktion Die Fridays-For-Future-Bewegung hat die Nase voll von der Untätigkeit beim Klimaschutz

Von Guido Speckmann

Peinlich für Christian Lindner. Kaum hatte der FDP-Vorsitzende die seit Wochen am Freitag für mehr Klimaschutz streikenden Schüler_innen per Twitter mit den Worten »Das ist eine Sache für Profis« abgekanzelt, meldeten sich die Profis zu Wort. Und sie ergriffen Partei für die Fridays-For-Future-Bewegung, die am 15. März mit Demonstrationen in über 120 Ländern, an 1.700 Orten ihren vorläufigen Höhepunkt fand. »Sehr berechtigt und gut begründet seien die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen«, erklärten mehrere Hundert deutsche, österreichische und schweizerische Wissenschaftler_innen. In ihrer Erklärung, die inzwischen von 12.000 Expert_innen aus Klima- und Naturwissenschaften unterzeichnet worden ist, heißt es: Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichten bei Weitem nicht aus. Ohne tiefgreifenden konsequenten Wandel sei die Zukunft der jungen Menschen in Gefahr. Das wissen sie freilich selbst am besten. »Wir sind die letzte Generation, die eine realistische Chance hat, eine Klimakatastrophe abzuwenden«, sagt Linus Steinmetz, ein Gesicht von Fridays For Future in Deutschland.

An der Bewegung, die seit Wochen jeden Freitag auf die Straße geht, ist zweierlei bemerkenswert: Sie ging einerseits von einer Einzelperson, der 16-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg, aus und wurde rasend schnell zu einer globalen neuen Klimabewegung. Andererseits schlug ihr so viel Ablehnung aus etablierter Politik und Medien entgegen. Lindner ist hier nur ein Beispiel. Kanzlerin Angela Merkel entblödete sich nicht, die Klimabewegung mit »hybrider Kriegsführung im Internet« in einem Atemzug zu nennen. Wengleich sie deren Anliegen als »wirklich gut« bezeichnete. Insbesondere an Thunberg, die seit September alleine vor dem schwedischen Parlament

für mehr Klimaschutz protestiert, arbeitete man sich ab. Ihr Anliegen wurde durch Infantilisierung zu delegitimieren versucht. Sie sei von Erwachsenen gesteuert, ihre Reden von der Organisation Climate Justice Now geschrieben worden, und es wurde in schäbiger Weise auf ihrem Asperger-Syndrom herumgeritten.

Man kann diese Ablehnung als Ausdruck eines schlechten Gewissens interpretieren. Deutschland als Klimavorreiter – das stimmte so noch nie, doch inzwischen ist auch der zu Unrecht erworbene gute Ruf ziemlich ramponiert. Die Treibhausgasemissionen verharren auf einem hohen Niveau, die selbst gesteckten Klimaziele sind nicht zu erreichen, der Ausstieg aus der Kohle wurde auf Jahre verschoben. Daran möchte die einst so genannte Klimakanzlerin nicht gerne erinnert werden.

Wahrscheinlicher aber ist, dass die politische Klasse spürt, welcher Druck von den Forderungen der neuen Klimabewegung ausgeht. Thunberg spricht die Systemfrage an: »Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern.« Fridays For Future stellt aber nicht nur für die konservativen und liberalen Politiker_innen eine Herausforderung dar: Auch die alte Umweltbewegung muss sich hinterfragen: Sie gibt sich zu schnell mit Reformschrittchen zufrieden, hat sich in das System des grünen Kapitalismus einbinden lassen.

Zufall oder nicht: Am 15. März, als Abertausende Schüler_innen weltweit auf die Straße gingen, beschloss die Große Koalition ein sogenanntes Klimakabinett. Damit soll die rechtlich verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 vorbereitet werden. Das klingt nach: Wir wissen nicht weiter und gründen einen Arbeitskreis. Auf derselben Sitzung wurde auch beschlossen, sich regelmäßig mit der Autoindustrie zu treffen, um Deutschland als führenden Autostandort zu sichern. Die Senkung der CO₂-Emissionen – gerade im Verkehrssektor steigen sie – wird da sicher nicht die Hauptpriorität sein. ●